

Wirtschaft

Zwischen Facebook und Kaffeekränzchen

Das Internet ist vielen älteren Menschen suspekt. Eine Verbindung ist dennoch möglich – per Post

VON JOHANNES GERNERT

BERLIN. Junge Leute, die sich in den Online-Welten besonders zu Hause fühlen, haben ein Wort für die Älteren, die sich mit der digitalen Kommunikation noch etwas schwerer tun. Sie nennen sie „Internetausdrucker“. Damit meinen sie Menschen, die lieber vom Papier lesen als vom Bildschirm. Leute, die eine skeptische Distanz zum Netz halten und die Gefahren fürchten: Spam-Mails beispielsweise oder Bank-Abzocke. In den USA gibt es jetzt eine Firma, die sich an genau diese Ausdrucker wendet – indem sie ihnen das Internet tatsächlich ausdrückt und per Post zuschickt. Wenigstens jenen Teil des Internets, mit dem die älteren Kunden etwas anfangen können: die Mails von Verwandten oder Bekannten.

Das Unternehmen heißt Sunnygram und versucht, die Lücke zwischen den „digitalen Eingeborenen“, die sich täglich in Online-Netzwerken bewegen, und ihren Eltern oder Großeltern zu schließen, die manchmal noch nicht einmal einen Computer besitzen. Das Geschäftsprinzip ist simpel. Der Enkel schickt eine Mail an Sunnygram, dort wird sie ausgedruckt und per Post an die Oma weitergeleitet. Wenn sie antworten will, kann sie das handschriftlich machen. Sunnygram scannt den Brief ein und sendet ihn in digitaler Form an den Enkel. Beide müssen ihre unterschiedlichen Kommunikationswelten nicht verlassen und bleiben trotzdem in Kontakt. Für den Service berechnet Sunnygram knapp zehn Dollar im Monat.

Bilder vom Enkel

Es ist nicht der erste kommerzielle Versuch, die Verbindung zwischen der Generation Facebook und der Generation Kaffeekränzchen aufrecht zu erhalten. Schon Ende der Neunziger brachte Cidco ein Gerät auf den Markt, das ausschließlich dafür gut war, Mails zu empfangen und zu verschicken. Surfen konnte man damit nicht. Andere Firmen folgten mit vergleichbaren Modellen. 2006 wandten sich Celery und Presto mit einem neuen Service an die Computerfernen. Sie stellen Empfangsgeräte zur Verfügung, auf die Mails oder Fotos geschickt werden können, um sie damit auszudrucken.

Für Menschen, die in einer fast komplett digitalisierten Welt leben und arbeiten, sei es schwierig, sich wieder auf analoge Mittel zu besinnen, sagt der Geschäftsführer von



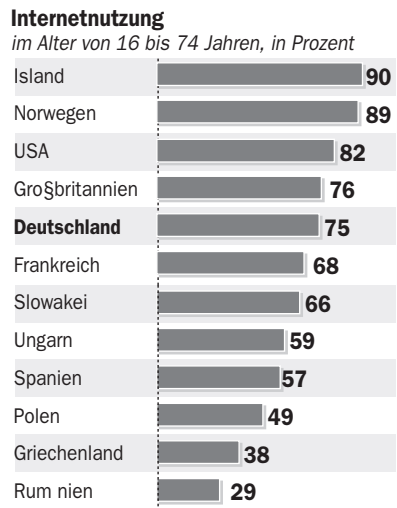
DPA/WALTRAUD GRUBITZSCH

Computer-Lehrgang für Ältere in Leipzig: Auch mit 81 kann man noch ins Internet gehen.

Presto, Peter Radsliff. Manche haben überhaupt kein Fax mehr – und zur Post zu laufen und Briefmarken zu kaufen erscheint ihnen ungeheuer mühsam. Das müssten sie aber, um den Verwandten Botschaften in ihre analoge Welt zu senden.

Die jüngsten Presto-Kunden sind 65 Jahre alt, die ältesten über 100. Angemeldet werden sie von Menschen zwischen 45 und 65 Jahren, oft sind das wohl ihre Kinder. Über ihr Presto-Gerät können die älteren Nutzer Nachrichten aus aller Welt empfangen, der Service wird allerdings nur in den USA angeboten. Eine Expansion nach Europa sei im Augenblick nicht geplant, teilt Presto mit. Die Jüngeren, die ihre Eltern mit dem Mailzugang versorgen, wollten meist verhindern, dass ihre Angehörigen sich einsam fühlen, sagt ein Sprecher.

Manche schicken jeden Abend ein aktuelles Bild vom kleinen Enkel, als Gute-Nacht-Gruß. Presto versteht sich außerdem als eine Hilfe, um selbstständiges Wohnen im Alter zu erleichtern. Es lassen sich schließlich Anweisungen verschicken, wie oft ein bestimmtes Medikament einzunehmen ist oder Erinnerungen an den nächsten Arztbesuch. Bei Celery funktioniert das alles ähnlich. Auch die aktuellen Status-Meldungen aus Netzwerken wie Facebook können da gedruckt werden. In knappen Zeilen erzählen



BLZ/BÖTTCHER; QUELLE: EUROSTAT

Über Durchschnitt

Europa: In Deutschland nutzen 75 Prozent der Einwohner zwischen 16 und 74 Jahren das Internet. Damit liegt Deutschland über dem europäischen Durchschnitt.

Nutzung: Bei den 14- bis 29-Jährigen in Deutschland liegt die Internetnutzung über 90 Prozent. Die Quote sinkt mit zunehmendem Alter. Ab 70 Jahre sind von den Frauen nur noch zehn Prozent „Onliner“, bei den Männern sind es immerhin noch 35 Prozent.

junge Netzwerker von ihrem derzeitigen Gemütszustand und ihren Alltagsaktivitäten – und die Oma liest mit und freut sich. Die Preise für ein Abo sind bei beiden Anbietern vergleichbar. Es kostet umgerechnet um die zehn Euro. Celery lässt sich in Farbe oder in Schwarz-Weiß abonnieren – bislang allerdings auch nur in den Vereinigten Staaten, in Kanada und Puerto Rico.

Dass Presto überflüssig werden könnte, weil die Nutzer aussterben, fürchtet Geschäftsführer Radsliff nicht. Einige, sagt er, hätten sogar einmal einen Computer besessen. Als sie dann in Rente gingen, habe der sie zusehends genervt. Was beruhigend scheint: Die Firmen verwenden strenge Spam-Filter. Ausgedruckt wird nur, was von einer vorher registrierten Adresse gesendet worden ist.

Bei Sunnygram verzichtet man nun auf jegliches technische Gerät. Man wolle die Kunden nicht damit belästigen, dass sie irgendeine Faxausrüstung aufbauen müssen, sagt Mitgründer Matt Ahart. Oma oder Opa können also handschriftlich antworten oder sie rufen bei einer kostenfreien Hotline an und hinterlassen eine Nachricht, die Sunnygram als Text weiterleitet. Da fragt man sich allerdings, ob es nicht einfacher wäre, gleich die Nummer der Verwandten zu wählen, um sich für den Mail-Brief zu bedanken.



DPA

Wahrzeichen der tschechischen Kapitale: Prager Burg und Karlsbrücke.

Euro kommt wohl erst 2014 nach Tschechien

Deutsche Firmen kritisieren Kurs der Regierung

VON SIGRID AVERESCH

PRAG. Tschechien wird nach den neuesten Prognosen voraussichtlich erst 2014 seine Krone durch den Euro ersetzen. „Das ist inakzeptabel“, sagte Bernard Bauer, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Deutsch-Tschechischen Industrie- und Handelskammer, in Prag. Dass Tschechien noch nicht der Euro-Zone angehöre, sei ein Problem für deutsche Firmen, da der Kurs der Krone durch die Wirtschaftskrise erheblich schwanke. Auch Tomas Sedlacek, Chefökonom der CSOB-Bank und einstiger Wirtschaftsberater des früheren Staatspräsidenten Vaclav Havel, kritisierte den Kurs der tschechischen Regierung. „Sie hätte leicht schon 2009 wie das Nachbarland Slowakei den Euro einführen können“, betonte der Ökonom der größten tschechischen Bank vor Journalisten des Berliner Presseclubs.

Tschechien hatte aus politischen Erwägungen heraus die schnelle Einführung des Euro verzögert. Die Regierung fürchtete, dass die Tschechen nach der Währungsumstellung weniger Geld im Portemonnaie haben würden. Infolge der Wirtschaftskrise wird sich die Euro-Einführung weiter verschieben. Bisherige Prognosen waren davon ausgegangen, dass 2012 der Euro die Krone ersetzt.

Krise trifft Exportwirtschaft

Die Wirtschaftskrise trifft Tschechien hart, da das Land mit seinen rund fünf Millionen Einwohnern stark vom Export abhängig ist. 81 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) des Landes stammen aus der Ausfuhr von Produkten. In diesem Jahr wird das BIP Schätzungen zufolge um bis zu vier Prozent sinken, die Arbeitslosenquote wiederum auf acht Prozent steigen. Die Firmenaufträge sind um rund 80 Prozent eingebrochen.

Dies trifft auch deutsche Unternehmen. Deutschland ist für Tschechien der wichtigste Außenhandelspartner. Der Handel mit Deutschland macht fast ein Drittel des gesamten Außenhandels der Tschechischen Republik aus. Die deutschen Exporte in das Nachbarland beliefen sich 2008 auf einen Wert von 25,7 Milliarden Euro, die Importe auf gut 30 Milliarden Euro. Rund 1 400 deutschen Firmen produzieren in Tschechien.

Um die Folgen der Krise abzufedern, plant die tschechische Regierung inzwischen Konjunkturpakete. Nach Angaben der deutschen Außenhandelskammer soll im September eine Abwrackprämie für Autos in Höhe von umgerechnet 1 200 Euro eingeführt werden. Zudem ist die Senkung der Sozialabgaben um 1,5 Prozentpunkte für Arbeitgeber vorgesehen, um Arbeitskosten zu sparen und Entlassungen zu verhindern.

Die deutschen Firmen hingegen fordern von Regierung in Prag vor allem die schnelle Einführung des Euro. „Der Euro bedeutet Stabilität“, betonte Bauer. Gerade in der Krise könne eine zuverlässige Finanzplanung unter Umständen Arbeitsplätze sichern. Nur so könnten neue Investoren aus Deutschland gewonnen werden. Die tschechische Regierung hüllt sich allerdings bisher in Schweigen. Offiziell hat sie noch kein Datum für die Euro-Einführung genannt.

NACHRICHTEN

Kraftprobe zwischen USA und Schweiz

BERN. Die US-Regierung will die Herausgabe der Namen und Daten von etwa 52 000 US-Kunden der Schweizer Großbank UBS erzwingen. Das US-Justizministerium forderte jetzt das zuständige Gericht in Miami (Florida) auf, per Rechtsverfügung diesen Schritt durchzusetzen. Die US-Justizbehörden beschuldigen die UBS seit längerem, „systematisch“ Gesetze verletzt und der Steuerhinterziehung von Amerikanern Vorschub geleistet zu haben. Der Schweizer Finanzminister Hans-Rudolf Merz sprach gestern von einer „Kraftprobe“ zwischen den US-Justizbehörden und der Bank. (dpa)

Einzelhandel erwartet Flaute im zweiten Halbjahr

BERLIN. Der deutsche Einzelhandel rechnet bei steigenden Arbeitslosenzahlen mit stärkeren Umsatzeinbußen in der zweiten Jahreshälfte. Der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE) revidierte gestern in Berlin seine Prognose nach unten und erwartet jetzt ein nominales Umsatzminus von zwei Prozent. Anfang des Jahres war für die Branche noch ein Rückgang von bis zu einem Prozent vorhergesagt worden. (dpa)

Benzin- und Dieselpreise im Juni auf Höchstständen

MÜNCHEN. Tanken ist im Juni weiter deutlich teurer geworden. Im Schnitt kostete ein Liter Superbenzin im vergangenen Monat 1,340 Euro, wie der ADAC gestern mitteilte. Damit sei der Kraftstoff seit Jahresbeginn 32 Cent teurer geworden. Diesel kostete demnach an Markentankstellen und freien Stationen im Juni im Schnitt 1,094 Euro pro Liter. Der teuerste Tag war für Fahrer eines Autos mit Ottomotor demnach der 17. Juni. Seit Beginn dieser Woche sind die Spritpreise jedoch wieder etwas gefallen. (AFP)

Geringere Steuer - Urlaub in Frankreich wird billiger



AP/JACQUES BRINON

Santé - Prost! Die Preise in Frankreichs Bistros werden sinken.

PARIS. Urlauber und Restaurantbesucher in Frankreich können sich freuen: Seit gestern gilt in den Cafés, Bistros und Brasserien ein Mehrwertsteuersatz von 5,5 statt bislang 19,6 Prozent. Die französische Regierung rechnet damit, dass der neue Steuersatz, der den Gastwirten und Verbrauchern zugute kommen soll, rund 2,35 Milliarden Euro an Einnahmeausfällen pro Jahr kosten wird. Die Gastronomen haben sich im Gegenzug verpflichtet, einen Teil ihrer Speisen und Getränke knapp zwölf Prozent günstiger anzubieten. (AFP)

Insolvenzverfahren über Woolworth eröffnet

FRANKFURT A. M. Das Amtsgericht Frankfurt hat das Insolvenzverfahren über die angeschlagene Kaufhauskette Woolworth Deutschland eröffnet. Zum Insolvenzverwalter wurde der Frankfurter Rechtsanwalt Ottmar Herrmann bestellt, der bislang schon vorläufiger Insolvenzverwalter war. Die DWV Woolworth Deutschland GmbH & Co. KG beschäftigt bundesweit derzeit noch mehr als 9 000 Mitarbeiter. Herrmann will das Kerngeschäft um die Marke Woolworth sichern und etwa die Hälfte der 311 Filialen des fast 83 Jahre alten Unternehmens erhalten. Es gibt auch schon Interessenten für einige Standorte, darunter die Drogeriekette dm und Rossmann sowie der Textildiscounter Kik. (dpa)

Unsichtbar und tödlich

Bayer will mit einer Pipeline Kohlenmonoxid durch Nordrhein-Westfalen pumpen

VON ANNIKA JOERES

KREFELD. Über 67 Kilometer schlängeln sich die schwarzen Rohre durch das Erdreich am Niederrhein. Nur noch wenige Meter fehlen, bis die Pipeline das Bayer-Werk in Krefeld-Uerdingen mit dem in Dormagen verbindet. „Wir wollen die Leitung so schnell wie möglich in Betrieb nehmen“, sagt Christian Zöller, Sprecher von Bayer Material Science. Bayer sei nun entschlossen, seine Chance zu nutzen, um vor dem Düsseldorferverwaltungsgericht alle Zweifel an seiner Kohlenmonoxid-Pipeline auszuräumen. Zuletzt sah es so aus, als könne das umstrittene Großprojekt scheitern: Ende Mai hatten die Düsseldorf Richter eine einstweilige Verfügung auf sofortige Inbetriebnahme abgelehnt.

Kampf gegen das Rohr

„Die Sicherheitslage hat sich verschlechtert“, begründeten die Richter ihre Ablehnung. Bayer hatte die Konstruktion noch einmal verändert: So sollen Schutzmatzen im Erdreich schmaler als zunächst versprochen und die Rohre an einigen Stellen dünner als zugesagt sein.

Durch das Rohr will Bayer Kohlenmonoxid (CO) pumpen. Anwohner versuchen seit Jahren, das Projekt zu verhindern. „Das Düsseldorf Gerichtsurteil war ein Meilenstein für die Gegner“, sagt Ursula Probst von der Bürgerinitiative Mut Hilden e.V. Seit zwei Jahren kämpft sie gegen das Rohr in der Nachbarschaft. „Es bedeutet eine riesige Gefahr für uns alle“, sagt sie. „Es gibt eine Menge technischer Unge-



DPA/THOMAS LOHNES

Bayer will Kohlenmonoxid zu seinem Krefelder Werk pumpen.

reimtheiten.“ Die Leitung könne sabotiert werden, sie roste schnell, die Schweißnähte könnten leck schlagen. Sie fürchtet sich vor dem Gas, das unter ihrer Siedlung strömt.

Probst ist nicht allein: Tausende Anwohner wurden in den vergangenen Monaten aktiv. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht eine Mahnwache stattfindet oder Politiker auf Podium gebeten werden. Vielleicht ist es auch die Tücke des Gases, das die Bürger so aktiv werden lässt. Es ist unsichtbar, geruchlos und ein lebensgefährliches Gift. Wenn Kohlenmonoxid eingeatmet wird, verdrängt es den Sauerstoff im Blut. Die Betroffenen klagen erst über Kopfschmerzen, später werden sie bewusstlos und können erstickten.

Inzwischen, auch unter dem Druck der nordrhein-westfälischen Kommunalwahl am 30. August,

sprechen sich die lokalen Politiker alle gegen das Projekt aus. Für Bayer und die zuständige Düsseldorfer Bezirksregierung ist es hingegen ein „industriepolitisch wichtiges Projekt“. Es garantiere den reibungslosen Betriebsablauf für die Kunststoffproduktion in Nordrhein-Westfalen, so Bayer-Sprecher Zöller. Weil der Konzern mit dem Kohlenmonoxid und seinen Endprodukten weitere Firmen beliefern, an denen tausende Arbeitsplätze hängen, sei der Bau dem Gemeinwohl dienlich.

Doch selbst die Landespolitik nimmt inzwischen Abstand von dem Großprojekt. Politiker aller damals vertretenen vier Fraktionen im nordrhein-westfälischen Landtag hatten die Brisanz der Röhre zunächst verkannt. Als das „Enteignungsgesetz“ am 15. Dezember 2005 zu später Stunde beschlossen wurde, stimmten alle mit Ja. Jetzt sagt der parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Johannes Remmel: „Das sture Festhalten an der Pipeline ist ein Irrweg“. Angesichts der jüngsten Niederlage vor Gericht und dem großen Widerstand der Bevölkerung sei es absolut unverünftig, wenn Bayer jahrelang vor Gericht streiten wolle.

Allerdings wird es wohl genau dazu kommen: In der Verhandlung vor dem Düsseldorferverwaltungsgericht werden nun zum ersten Mal zahlreiche Experten und Gutachter befragt, bevor dann voraussichtlich Ende des Jahres ein Urteil fällt. Und auch gegen dieses kann die Verlierer-Seite dann vor dem Oberverwaltungsgericht in Berufung gehen. Bis dahin liegen 67 Kilometer leere Röhren in der Erde.

Merkel will für Bauern ackern

Weitere Hilfe bei Agrardiesel

STUTTGART. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat den krisengebeutelten Bauern Hoffnung auf weitere Steuerentlastungen nach der Wahl gemacht. Auf dem Deutschen Bauerntag sprach sich die CDU-Chefin gestern für eine Fortsetzung des befristeten Steuervorteils für Bauern beim Agrardiesel aus. „Ich würde mich dafür einsetzen, dass das verlängert wird“, sagte sie in Stuttgart und kam damit Bauernpräsident Gerd Sonnleitner entgegen, der mehr Entlastung beim Agrardiesel und ein staatliches Konjunkturpaket für Bauern fordert. Der 60-Jährige wurde in Stuttgart mit 97 Prozent Zustimmung überraschend deutlich im Amt bestätigt.

Sonnleitner, der seit 1997 den Bauernverband führt, kritisierte eine fehlende staatliche Unterstützung für die Branche: „800 Millionen Euro verlieren wir derzeit jeden Monat. Aus dieser Misere müssen wir raus. Der Dampf im Kessel ist groß.“ Die Landwirte litten unter der Wirtschaftskrise. Auch die Bauern bräuchten wie Autohersteller und Handwerk ein Konjunkturprogramm, um den Absatz anzukurbeln. „Die Bauern sollen von ihrer Arbeit wieder leben können“, forderte der 60-Jährige vor rund 1 300 Teilnehmern des Bauerntags.

Vor allem die Preismisere auf dem Milchmarkt solle mit Konjunkturrhilfen behoben werden. „Gibt es mehr Nachfrage, steigt automatisch der Preis“, sagte Sonnleitner. Milchbauern erhalten derzeit 25 Cent pro Liter Milch. Nötig wären nach Branchenangaben etwa 40 Cent. (dpa)